

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 57 (2002)
Heft: 1

Artikel: Die Verschuldung der Landwirtschaft
Autor: Bärtschi, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891651>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

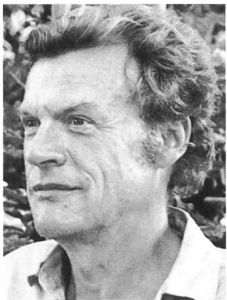
Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Verschuldung der Landwirtschaft

schen Mitteln und ob und welche Forschungsrichtungen wir, um den zukünftigen Märkten genügen zu können, ausbauen wollen, können wir zusammen frei entscheiden. Alles hat seine Vor- und Nachteile. Dass eine

Grossstadt Schweiz, auf die wir, ohne jede Diskussion darüber, blind hinsteuern, allein aus praktischen Gründen nicht machbar ist, werden wir bald entscheiden müssen. Wichtig ist, dass die wirtschaftlich enger zusammenwirkende Gesellschaft als Ganzheit unabhängig bleibt, sich mit dem Notwendigsten aus eigener Anstrengung versorgen kann und so frei bleibt, auf die auch in Zukunft nicht vorhersehbaren wirtschaftlichen Änderungen immer angemessen reagieren zu können. Hierin liegt ein grosses Potential der Lebensgestaltung und der geistigen und kulturellen Entwicklung unseres Landes. Hierin liegt die Zukunft. Hier liegt die wahre «avenir Suisse».



Hans Bieri, SVIL

Die Verschuldung der Landwirtschaft wird unterschiedlich beurteilt. Für die Geldgeber stellt sie kaum ein Problem dar. Im Gegensatz zu Industriebauten ist landwirtschaftlicher Boden relativ wertstabil. Für die betroffenen Bauernfamilien entscheidet die Höhe des Fremdkapitals jedoch häufig über Sein oder Nichtsein. Im folgenden Beitrag zeigt Jakob Bärtschi auf, wie es zu der für viele Höfe existenzbedrohenden Situation gekommen ist.

Kurzer geschichtlicher Rückblick

Bis die Talkäsereien gebaut wurden, ca. ab 1840 – 50, waren der Getreidebau und die Schlacht- und Nutztviehproduktion die Haupteinnahmequellen für die Schweizer Bauern. Deshalb liest man in den Gotthelf-Büchern «Ueli der Knecht» und «Ueli der Pächter» vor allem vom Metzger und Müller, die Ueli in finanzielle Bedrängnis brachten (schlechte, unkontrollierbare Preise, schlechte Zahlungsmoral, etc.). Als Ausweg aus dieser Situation wurden Käsereien erstellt, um mit der Milch zusätzliche, etwas unabhängige Erlöse zu erzielen. Der Getreidebau blühte aber weiter, Brot war ein Hauptnahrungsmittel, bis um ca. 1880 – 1900 die Transportmittel (Schiffahrt und vor allem die Bahnen) je länger je mehr unsere Regionen erschlossen. Die Schweizer, wie übrigens auch die benachbarten Bauern, nicht zuletzt im süddeutschen Raum, erlebten eine echte Krise. Die Billigimporte von Getreide liessen die Getreidepreise zusammenbrechen. In diese Zeit fällt die Gründung vieler landw. Genossenschaften und des schweiz. Bauernverbandes.

Eine Kehrtwende in diese wirtschaftlich sehr schlechte Situation brachte der Ausbruch des 1. Weltkrieges 1914–18. Die Transportwege wurden zerstört, die Anbauflächen im Ausland nicht mehr voll genutzt (die Bauern waren im Krieg) und die einheimische Produktion wurde auf einmal von der hiesigen Bevölkerung wieder geschätzt. Die landwirtschaftlichen Preise schnellten

in die Höhe, Angebot und Nachfrage bestimmten den Preis. Fette Schweine z.B., damals 200 kg pro Stück, galten Fr. 8.– je kg Lebendgewicht. Ein Melkerlohn lag dagegen pro Woche bei Fr. 12.– bis Fr. 14.–. Abgesehen von der Kriegsangst konnten sich die Schweizer Bauern wenigstens finanziell gut erholen. Dies ist auch der Grund, warum die meisten Schweizer Bauern die darauffolgenden schlechten Jahre (ab ca. 1921 bis 1937) einigermassen überstanden haben, trotz schlechten Preisen. Die Löhne waren absolut im Keller. Mein Vater baute 1931 ein neues Bauernhaus, Handlangerlohn pro Stunde 60 Rappen, Endabrechnung total Baukosten für ca. 4'500 m³ umbauten Raum Fr. 72'800.–!

Jene Zeit war auch geprägt vom deutschen «Führer», Adolf Hitler, der beabsichtigte, von Gibraltar bis Moskau alles ins Deutsche Reich einzuverleiben. Dies führte dazu, dass er 1939 den Nachbarländern den Krieg erklärte oder sie einfach überumpelte und annektierte. Der Kriegsausbruch wirkte sich sofort auch auf die Schweiz aus, ob schon wir nicht direkt in den Weltkrieg miteinbezogen wurden. Ähnlich wie im 1. Weltkrieg wurden die Nahrungsmittel knapp, es folgte die Rationierung von Nahrungsmitteln, Kleidern, Schuhen usw.! Der Absatz der inländischen Produkte war wieder sehr gut. Aber anders als im 1. Weltkrieg wurden die Preise für Agrarprodukte relativ tief gehalten (Festpreise, Preiskontrolle). Die Anbauschlacht Wah-

len wurde umgesetzt, innert zwei Jahren wurde die Kartoffel-Anbaufläche von 45'000 ha auf 90'000 ha ausgedehnt, weil man wusste, dass 1 ha Kartoffeln etwa 4 mal mehr Menschen ernähren kann als 1 ha Grasland. Die Getreidefläche wurde ebenfalls leicht ausgedehnt. Hier war die Lagerhaltung (Reserve) dank dem in den 30er Jahren verabschiedeten Getreidegesetz sehr gut.

Nach Kriegsende erholte sich die Wirtschaft bei uns viel schneller als im Ausland. Bei uns wurde (fast) nichts zerstört, es musste deshalb auch sehr wenig geflickt werden, man konnte sich sofort der Produktionssteigerung widmen. Dies merkten auch unsere Zulieferer aller Art. Die landwirtschaftlichen Hilfsmittel, was auch immer man darunter verstehen mag, wurden direkt erfunden. Leichtlösliche Handelsdünger, Fungizide, Herbizide, aber auch Maschinen, Betriebs-einrichtungen und Geräte wurden mit viel Geschick den Schweizer Bauern verkauft. Die übrige Wirtschaft wollte möglichst viel vom Bauern-Franken für sich abzweigen. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln war auf allen Sektoren prächtig, der Bauer konnte produzieren was das Zeug hielt, alles fand Absatz!

Auf der ganzen Linie sprachen alle nur vom Erlös und vom Investieren. Aufwand oder Überfluss waren (noch) kein Thema.

Diese Entwicklung dauerte bis 1968, als auf einmal ein Butterberg entstanden war. Voll Ratlo-

Mein Grossvater löste
für ein Kalb 25 Franken.

sigkeit versuchte man den Bauern eine Rücknahmeverpflichtung von Käse und Butter aufzuzwingen. Die Milchkontingentierung wurde heimlich eingefädelt und Ende der 1970er Jahre eingeführt. Der Verlauf der Geschichte seither ist den meisten bekannt und kann hier vernachlässigt werden.

Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der letzten 150 Jahre

Nachdem seit ca. 1850 verschiedene Regional-, Kantonal-, und später Raiffeisenbanken gegründet wurden, verlagerte sich

die ganze Finanzwirtschaft von den privaten Darlehensgebern (Metzger, Müller, Kapitalist) zu institutionellen Geldgebern. Dies hatte eine gewisse Konkurrenzsituation zur Folge. Der Schuldner war, je nach der Mentalität der Bankleitungen und Behörden, nicht mehr voll der Willkür des privaten Geldgebers ausgeliefert. Die Banken etablierten sich je länger desto besser in unserer ganzen Wirtschaft. Der Bankkredit war anonym als der Privatkredit, eventuelle Zusatzdienstleistungen wurden nicht mit dem Darlehen verbunden (Gratis-Mitarbeit, etc.), man kam sich irgendwie freier vor!

Die Banken erkannten bald ein-

mal, dass die Bauern eine überdurchschnittlich gute Zahlungsmoral aufwiesen. Diese positive Einstufung der Bauern wurde getrübt von der wirtschaftlich sehr schlechten Situation vor dem 1. Weltkrieg (Krisenjahre). Verschiedene Bauern kamen zum Geldstag (Konkurs) und die Geldgeber verloren ab und zu gewährte Kredite. Mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges besserte sich dies schlagartig, die Einnahmen der Bauern schnellten in die Höhe, sie wurden auf einmal wieder kreditwürdig!

Nach dem 1. Weltkrieg kam wieder die bereits beschriebene Krise und führte trotz des finanziel-

len Polsters aus den Kriegsjahren zu einer ähnlichen Situation wie vor dem Krieg. Zahlungsunfähigkeit und Konkurse standen bei verschiedenen Bauern wieder vor der Tür. Es wurden staatliche Sanierungen mit entsprechenden Auflagen eingeleitet. In meiner Kindheit hörte ich oft den Ausspruch: «Dert isch es e Chehr nümme guet gsi, bis er du saniert het, nächhär isch es wieder gange!» Man nahm die öffentliche Ausschreibung und den 'Stempel' in Kauf, es ging ja um's Überleben.

1936 beschloss der Bundesrat, den Schweizer Franken um 30% abzuwerten. Es war ein schwerer Entschluss, der aber ziemlich rasch zur Verbesserung der Finanzlage der ganzen Wirtschaft führte. Der Ausbruch des 2. Weltkrieges änderte die wirtschaftliche Situation wieder einschneidend, die Arbeitskräfte fehlten, die Männer standen an der Grenze. Frauen, Kinder, alte Leute und bald einmal internierte Polen und später Italiener halfen bei der Verrichtung der 'hand- und pferdebetonten' Bauernarbeit. Die kontrollierten Produktpreise liessen den wirtschaftlichen Erfolg schwächer ansteigen als im 1. Weltkrieg, trotzdem werteten die Schweizer Bauern als einzige Nahrungsmittel-Produzenten bei der übrigen Gesellschaft gewaltig auf, man versprach ihnen fast alles, wenn sie nur die Schweiz vor einer Hungersnot bewahrten.

Diese neue Ausgangslage wurde auch von den Banken wahrgenommen. Ein Bauer brauchte nur zu sagen, wieviel Geld er benötigte, jede Bank gab ihm fast soviel er verlangte. Es kam ja noch dazu, dass die Bodenpreise

Die Raiffeisenbank als Antwort auf die Krise

Die unbefriedigende Situation vor allem in den ländlichen Gebieten beschäftigte auch Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888), Bürgermeister einer armen Gemeinde im Westerwald. Er entwickelte ein System zur Gründung von Dorfbanken auf genossenschaftlicher Basis mit folgenden Grundsätzen:

- Das Geld vom Dorf soll wieder im Dorf eingesetzt werden
- Jeder Kreditnehmer muss Genossenschafter werden und solidarisch bürgen
- Die Funktionäre müssen ehrenamtlich tätig sein
- Der Geschäftskreis muss klar umschrieben werden
- Die Erträge müssen, nebst einer kleinen Verzinsung der Genossenschaftsanteile, in die Reserven fliessen, mit denen die Genossenschaftsverantwortlichen (Bankleitung und Behörden) nicht spekulieren dürfen
- Die Genossenschafter müssen jährlich anlässlich der Hauptversammlung über Geschäftstätigkeit, Bilanz und Rechnungsergebnis orientiert werden

In der Schweiz waren damals schon verschiedene Regional- und Kantonalbanken gegründet worden und funktionsfähig, so dass sich bei uns der Raiffeisengedanke zunächst nicht durchsetzen konnte. Erst 1898 gründete Pfarrer Traber in Bichelsee die erste schweizerische Raiffeisenbank genau nach den Vorgaben Raiffeisens.

Ob diese Betriebe überleben, wird nur noch zu einem kleinen Teil von den betroffenen Familien entschieden.

langsam aber sicher anstiegen. Es war möglich, ein Kleinheimwesen in Stadtnähe zu verkaufen und in der Waadt oder anderswo einen Grossbetrieb zu erwerben und zu modernisieren, notabene alles mit dem Erlös des Verkaufsobjektes!

In diese Zeit (1940) fällt das eidg. Gesetz über die landw. Belehnungsgrenze, die mögliche Verschuldung wurde limitiert auf 125% der Grundsteuerschätzung, dem späteren amtlichen Wert und heutigen Ertragswert. Die Banken durften Grundpfandverschreibungen (Hypotheken) nur noch bis zur Belehnungsgrenze gewähren, resp. die Grundbuchämter durften nur noch bis zu dieser Limite Grundpfandverschreibungen eintragen. Dies führte dazu, dass Erweiterungen oder Erneuerungen von landw. Betrieben, trotz der fast uneingeschränkten Kreditwürdigkeit, nicht mehr über Bankkredite finanziert werden konnten. Dies verlangte neue Massnahmen (prov. Belehnungsgrenze, Investitionskredite), um eine Weiterentwicklung der Bauernbetriebe zu gewährleisten.

Recht lange Zeit war es absolut selbstverständlich, dass jeder

Bauer bei praktisch jeder Bank bis zur (provisorischen) Belehnungsgrenze Hypotheken aufnehmen konnte. Dies funktionierte alles bestens, die Wirtschaft hatte auch kein Interesse, dass die Bauern ihre Bankschulden amortisierten. Die dort angelegten Gelder waren sehr sicher, die Bauern bezahlten die Zinsen regelmässig, was wollte man mehr! Jedes Grundpfanddarlehen wurde je nach Zinsfuss mit dem Zinsendienst innert 12–20 Jahren mit Zins und Zinsezins einmal zurückbezahlt, ohne dass sich der Schuldbetrag auch nur um einen Franken verringerte.

Die Wende der 1990er Jahre

Der wirtschaftliche Einbruch der 90er Jahre liess manches, was bis jetzt als sehr sicher eingestuft wurde, auf einmal unsicher werden. Diverse Regional- und Grossbanken kamen ins Schleudern, mussten fusionieren oder schliessen. Das Paradebeispiel ist die Spar- und Leihkasse Thun. Vermutlich musste man zuerst an einem Beispiel im Massstab 1:1 erleben, wie es kommen könnte. Sehr viele Kenner der Materie wenigstens begründeten den ‚Thuner-Handel‘ so.

Die oben erwähnte Limitierung der Grundpfandverschuldung der Bauernbetriebe fand bei vielen Bankinstituten vorerst hinter verschlossenen Türen statt. Man verlangte den Buchhaltungsabschluss. Die Tragbarkeit des (neuen) Zinsendienstes wurde auf einmal eine wichtige Grösse, die Verschuldungsmöglichkeit über die Belehnungsgrenze war nicht mehr die einzige Hürde!

«Man nahm den Gang in dieses Haus in Kauf, es ging ja um's Überleben.»

Folgerungen

In der Schweiz ist die Währung seit der Einführung des eidg. Münzsystems vor über 150 Jahren nie zusammengebrochen. Ausser der erwähnten Abwertung von 1936 hat nur die Teuerung (Inflation) den Geldwert verändert. Dieser Umstand führte zu unserer sehr harten und sicheren Währung, die man weltweit vielerorts zur Kenntnis nahm und davon über Jahrzehnte, ja über ein Jahrhundert lang profitierte.

Die Kehrseite dieser Stabilität war und ist, dass nicht nur die Vermögenswerte erhalten bleiben, sondern auch die Schulden. Man trifft heute immer wieder auf über 100-jährige Grundpfandverschreibungen, welche in Form von Zins mehrmals zurückbezahlt wurden, ohne dass sich der Schuldbetrag verringert hätte. Auch wurde von einem Bauer, sofern er Eigentümer war, kaum einmal eine Amortisation verlangt. Man wollte bewusst einen Stock Gläubiger, die wohl keinen lukrativen Gewinn versprochen, aber über den Zinsendienst mit dem Boden und den landwirtschaftlichen Gebäuden eine fast grenzenlose Sicherheit boten. Diese beiden Umstände führten über all die Jahre zur heutigen Situation.

- Die Schweiz hatte keinen Währungszerfall
- Wir kennen keine Amortisationsverpflichtung
- Ständig grössere Verschuldung durch Neuinvestitionen (Erbrecht, Mechanisierung, bauliche Verbesserungen, Anpassungen an die Tierschutzgesetzgebung)

Dadurch blieben die alten Schulden bestehen und es kamen immer neue dazu! Dies ging problemlos, solange die Preise der landw. Gewerbe und der Pro-

dukte stiegen. Seit knapp 10 Jahren hat sich nun auf verschiedensten Ebenen vieles geändert, z.B.

- Verlagerung der bäuerlichen Einkommen vom Produktertrag auf Direktzahlungen, dadurch sehr starker Anstieg der Abhängigkeit vom Staat.
- Finanzpolitisch gemachte Fehler (stetige Neuverschuldung) können nicht innert nützlicher Zeit behoben werden. Die Ertragslage der meisten Bauernbetriebe erlaubt dies nicht.
- Die Direktzahlungen als dringend notwendiger Bestandteil des bäuerlichen Einkommens öffnen nun der Politik Tür und Tor zur Entscheidung, wie grosse Landwirtschaftsbetriebe zukünftig erhalten bleiben sollen. Über die Festlegung der notwendigen SAK (Standardarbeitskraft) wird bestimmt, wer Bauer sein soll/kann und wer nicht mehr.
- *Erstmals bestimmen somit nicht mehr die betroffenen Bauernfamilien, wer weiterhin in der Schweiz bauern soll, darf oder kann, sondern die hohe Politik!* Diese neue Situation ist vielen Bauern (noch) gar nicht bewusst! Bisher galt der Grundsatz, auch der ‚Kleine‘ hat beim nötigen Engagement eine Chance, Bauer zu bleiben. In Zukunft kann man den ‚Kleinen‘ den ‚Schnauf‘ über die Streichung der Direktzahlungen abstellen!

Massnahmen

Damit diese neue Ausgangslage so gut wie möglich in den Griff zu bekommen ist, braucht es Massnahmen! Verschiedene Einrichtungen können dazu einen Beitrag leisten, es wird auch verschiedene brauchen, damit sie einen gewissen Erfolg haben können, nämlich





- tiefzinsige Darlehen (BAK, Banken, Institutionen, ev. Private)
- möglichst sinnvolle Erhaltung der Direktzahlungen
- steuerliche Entlastung der Bauernfamilien (Versicherungs- und Kinderabzüge, unternehmergerechte Amortisationen, Verlustvorträge auf neue Rechnung, etc.)
- Sozialpläne für ‚gestrandete‘ Bauern. Eventuell ist es volkswirtschaftlich günstiger, Schuldentilgungen anzubieten, statt Arbeitslosengelder oder Umschulungsbeiträge ‚aufzuwerfen‘ für diejenigen, die durch das grobmaschige Direktzahlungsnetz gefallen sind!

Forderungen

- Politik und Wirtschaft sind gefordert, die Auswirkungen der heutigen agrarpolitischen Ziele neu zu überdenken und die Folgen richtig einzuschätzen.
- Alle neuen ‚Erfindungen‘ bringen in der ersten Phase Euphorie, in der zweiten Phase Ernüchterung und in der dritten die ‚Aha-Erlebnisse‘, (wenn man das gewusst hätte...)!
- Gleichgesinnte müssen eng zusammenrücken, müssen der Lobby die Stirne bieten (BR Couchepin, etc.). Reagieren bringt wenig, wir müssen agieren, wenn wir etwas erreichen wollen.

- Die Folgen der materiellen Verarmung und Entvölkerung des ländlichen Raumes müssen möglichst realistisch möglichst vielen Mitmenschen klar gemacht werden. Es geht schlussendlich nicht nur um uns Bauern und Landschaftspfleger, sondern um alle, die im ländlichen Raum wohnen möchten und dort heute einen Arbeitsplatz haben.

Nebst allen materiellen Problemen müssen die Bauernfamilien wieder bereit sein, übergeordnete Werte erkennen zu lernen, sich an dem zu freuen was sie haben, anstatt sich täglich an dem zu ärgern, was sie nicht mehr haben.

ben! Dazu gehört auch ein Bekennen zu gut gesinnten Partnern, z. B. Raiffeisenbanken, Bio-Landbau- und Konsumentenorganisationen.

In den letzten 150 Jahren ist

- die Weltbevölkerung um das 8-fache gestiegen,
- die Energienutzung um das 80-fache gestiegen,
- der Welthandel um das ca. 800-fache gestiegen.

Es glaubt wohl niemand ernsthaft, dass es so weitergehen kann! Vielleicht sind wir viel schneller als wir heute glauben froh um jede Familie, die sich im ländlichen Raum aufhält, möglichst wenig Schadstoffe produziert und möglichst viel zur eigenen Versorgung beiträgt!

Jakob Bärtschi, Lützelflüh

Working Poor in der Landwirtschaft

Auf den ersten Blick sagt die Auswertung der Buchhaltungen nicht alles, wenn es um die Einschätzung der Lage in der Landwirtschaft geht. Durchschnittszahlen tendieren eher dazu, die heutige Situation zu verharmlosen. Die Aussage einer Vertreterin des Landfrauenverbandes: «Ein Drittel der Working Poor in der Schweiz stammt aus dem Bauernlager» ist eine deutliche Botschaft, die zeigt, dass die soziale Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ein dringendes Thema ist.

Bei genauerem Hinsehen zeigt es sich, dass diese Botschaft auch mit Auswertungsergebnissen belegt werden kann. Der mittlere Arbeitsverdienst pro Familienjahresarbeitseinheit (FAE) des wirtschaftlich schwächsten Viertels der Betriebe lag in den Jahren 1991–2000 zwischen minus Fr. 5'000.– und plus 10'000.–. Von einem minimalen Lohn vor Fr. 3'000.– pro Monat können sogar fast die Hälfte der Beschäftigten in der Landwirtschaft nur träumen.

In der Grösse ‚Arbeitsverdienst‘ kommen auch andere Tatsachen nicht zum Vorschein. Ob ein Arbeitstag 8, 10, 12 oder 15 Stunden umfasst, wird nicht erhoben. Die zusätzlichen Arbeitsstunden, die auf so manchem Hof mit Direktvermarktung, Verarbeitung, Gästebetreuung etc. in den letzten Jahren angefallen sind, gehen deshalb unter. Diese Zusatzstunden haben geholfen, den Umsatz auf den Betrieben zu halten, sie führen aber oft zu einer Überforderung, die nicht in den Buchhaltungszahlen, wohl aber beim Sorgentelefon, bei der steigenden Scheidungsrate, bei Spezialberatungen und nicht zuletzt in den Gesichtern vieler sorgengeplagter Bauern und Bäuerinnen zum Ausdruck kommt.

Peter Reinhard, LBL (aus ‚agil‘)